

Absender:

**Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt**

**20-14816**

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Klimaschutzzvorgaben für Baugebiete**

Empfänger:

Stadt Braunschweig  
Der Oberbürgermeister

Datum:

17.11.2020

Beratungsfolge:

Planungs- und Umweltausschuss (zur Beantwortung)

Status

02.12.2020

Ö

**Sachverhalt:**

Die Fridays for Future fordern, dass bei neuen Baugebieten zukünftig strenge Vorgaben zum Energiestandard, zur Energieversorgung und Gebäudebegrünung gemacht werden. Die Verwaltung hat in ihren Antworten auf einschlägige Vorschläge wiederholt darauf hingewiesen, dass eine Reihe von Regelungen in Bebauungsplanverfahren oder Städtebaulichen Verträgen nicht zulässig seien.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Welche Möglichkeiten hat die Stadt Braunschweig, in Bebauungsplänen, Städtebaulichen Verträgen oder auf andere Weise für neue Baugebiete Vorgaben zu Energiestandards, Energieversorgung, Dach- und Wandbegrünungen sowie zur Verwendung nachhaltiger Materialien zu machen?
2. Um welchen Prozentsatz würden sich die Baukosten, Fördermittel eingerechnet, bei Ein- und Mehrfamilienhäusern gegenüber dem Bau nach gesetzlich vorgeschriebenen Standards erhöhen, wenn ausschließlich Plusenergiehäuser nach KfW 40+ gebaut würden?

**Anlagen:** keine